

## Die Provisorische Regierung im Frühjahr 1917: Auf dem Weg zum Allgemeinwohl

Die Historiografie zur Februarrevolution und Provisorischen Regierung ist geprägt von einer festen Vorstellung sowohl des bürgerlichen Charakters als auch der Politik der neuen Machthaber und beruht auf der Einschätzung der russischen Sozialisten jener Zeit. Sie ließen sich dabei von der Zusammensetzung der ersten Regierung (März bis Mai 1917) leiten, die hauptsächlich aus »bürgerlichen Liberalen« bestand. Die Ereignisse der Revolution bildeten die Basis für die Macht der neuen Regierung. Es kam zu einem Bruch mit der politischen Tradition, der sowohl aus den revolutionären Verhältnissen des Jahres 1917 als auch aus den Vorstellungen der Politiker resultierte, die nun Minister waren.

Die Februarrevolution wurde von demokratischen und sozialen Losungen begleitet. Ursachen für die revolutionäre Bewegung waren der andauernde Krieg und die allgemeine Verschlechterung der Lebensverhältnisse. Beides führte zu einem entscheidenden Prestigeverlust der früheren Machthaber; von großer Bedeutung waren auch die Frage der Landreform und die nationale Frage, die beide ungelöst waren. Zu den Hauptakteuren zählten Soldaten der rückwärtigen Standorte, hauptsächlich einberufene Bauern, sowie Arbeiter und Angehörige der Intelligenzija. Die Aufständischen demonstrierten gegen die Monarchie, die durch Gerüchte über Verrat, die Übermacht »dunkler Kräfte« und ausufernde Korruption in Misskredit geraten war, gegen Inflation und Lebensmittelkrise sowie für die Einführung des Achtstundentages und Lohnerhöhungen. Nach dem Sturz der Monarchie rückten die sozialen Forderungen rasch in den Vordergrund.<sup>1</sup> Nach dem Sturz des Zaren setzte die Bauernbewegung ein und brachte Ländereien der Gutsherren in ihren Besitz.<sup>2</sup> Zeitgleich wurde eine autonome Bewegung in den nationalen Randgebieten aktiv.

Nach dem Sieg der Revolution in Petrograd wurden am 27. Februar/12. März (julianischer/gregorianischer Kalender) 1917 im Taurischen Palais (dem Sitz der Staatsduma) zwei Revolutionsorgane gebildet: Das Provisorische Komitee der Staatsduma, das alle

1 Siehe È.N. Burdžalov: Vtoraja ruskaja revoljucija. Vosstanie v Petrograde [Die zweite russische Revolution. Der Aufstand in Petrograd], Moskau 1967; ders.: Vtoraja ruskaja revoljucija. Moskva. Front. Periferija [Die zweite russische Revolution. Moskau. Die Front. Die Peripherie], Moskau 1971; Ts. Hasegava: The Febrarian Revolution. Petrograd 1917, Seattle/L[eningrad] 1981; M. Melanson: Rethinking Russia's February Revolution: Anonymous Spontaneity or Socialist Agency?, Pittsburgh 2000.

2 Siehe V.V. Kabanov: Agrarnaja revoljucija v Rossii [Die Agrarrevolution in Russland], in: Voprosy istorii (1989), H. 11, S. 28–30.

Dumafraktionen mit Ausnahme der Konservativen repräsentierte, und der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der anfangs einige Dutzend sozialistische Angehörige der Intelligenzija umfasste, aber rasch mit Vertretern der städtischen Fabriken und Truppenteile aufgefüllt wurde. Einige Stunden später trat das Provisorische Komitee in Kontakt mit Offizieren des Standortes und anschließend mit verschiedenen Ministerien und diplomatischen Missionen. Der Petrograder Sowjet erklärte sich zur Vertretung der »revolutionären Demokratie«. Im ganzen Land begann die Einrichtung von Sowjets. Im Mai wurde der I. Gesamtrussische Kongress der Sowjets der Bauerndeputierten einberufen, im Juni der I. Gesamtrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Die Bildung der Provisorischen Regierung erfolgte am 2./15. März, wenige Stunden vor der Abdankung des Zaren, nach Verhandlungen des Provisorischen Komitees und des Petrograder Sowjets. Der Petrograder Sowjet stimmte der Bildung einer »bürgerlichen« Regierung zu, stellte mit Blick auf das Regierungsprogramm allerdings folgende Bedingungen: eine vollständige politische und religiöse Amnestie, bürgerliche Freiheiten (auch für Soldaten), die Aufhebung aller auf Standeszugehörigkeit, Nationalität und Religion beruhenden Einschränkungen, die Aufstellung einer (den vollkommen demokratisierten Organen der Selbstverwaltung unterstellten) Volksmiliz, den Nichtabzug der revolutionären Garnison aus der Hauptstadt, die Verkündung einer demokratischen Republik und die unverzügliche Einberufung der Konstituierenden Versammlung. Wie der Menschewik N. N. Suchanov feststellte, befürchteten die Liberalen, dass der Sowjet einen Kurs in Richtung eines »demokratischen Friedens« (ohne Annexionen und Kontributionen) verkünden würde – doch nichts dergleichen geschah, was die Atmosphäre während der Verhandlungen deutlich entspannte.<sup>3</sup> Das Verhalten der führenden Sowjetmitglieder war verständlich: Ein derartiger Kurs hätte wahrscheinlich konterrevolutionäre Aktionen des Hauptquartiers provoziert und war deswegen für den Sowjet aus taktischen Gründen ungünstig. Daher beschränkte er sich auf die Herausgabe des Befehls Nr. 1 über die Aufhebung der militärischen Disziplin, die bereits am 1./14. März erfolgt war.

Insgesamt betrachtet, entsprachen die Forderungen des Petrograder Sowjets dem Programm der liberalen Konstitutionell-Demokratischen Partei (Kadetten-Partei), deren Vertreter das Rückgrat in der ersten Zusammensetzung der Provisorischen Regierung bildeten. Die Kadetten wiesen keine Ähnlichkeit zu den heutigen Liberalen auf, sie sind deutlich weiter links einzuordnen. Die Ideologie der Partei aus der Zeit vor der Revolution kann als »sozialer Liberalismus« charakterisiert werden. Die Kadetten traten für die Rechte und Freiheiten des Bürgers sowie für die Prinzipien der Volkssouveränität, der Rechtsstaatlichkeit, des Konstitutionalismus und des Parlamentarismus ein. Als wichtigster Garant für die Rechte sollte – nach Vorstellung der Kadetten – der Staat auftreten, weshalb sie sich für die staatliche Einheit Russlands mit kultureller Autonomie der nationalen Minderheiten einsetzten. Als bevorzugte Regierungsform galt die konstitutionelle

3 N. N. Suchanov: Zapiski o revoljucii [Aufzeichnungen über die Revolution], 3 Bde., Moskau 1991, hier Bd. 1, S. 152.

Monarchie, wenngleich in der Partei auch republikanische Ideen stark vertreten waren.<sup>4</sup> Die Anwendung staatlicher Gewalt als gezielte Politik gegenüber den Bürgern wurde von den Kadetten abgelehnt. Sie traten für eine evolutionäre Entwicklung der Gesellschaft ein und standen der Möglichkeit einer politischen Revolution offen gegenüber. Die Revolution an sich wurde als Bestandteil der gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet: Sie war nicht zu vermeiden, widersetzte sich die »alte Ordnung« der unausweichlichen Entwicklung der Gesellschaft in demokratischer Richtung. Zugleich war man in der Partei der Ansicht, dass jede weitreichende Revolution in der Vergangenheit unweigerlich zu einer Konterrevolution und Restauration geführt hatte, wodurch der gesellschaftliche Fortschritt aufgehalten worden war. Das Parteiprogramm beinhaltete soziale Forderungen (Einführung des Achtstundentages, Veräußerung eines Teils des Gutsherrenbesitzes gegen eine Ablösesumme zugunsten der Bauern) und erklärte das Privateigentum für nicht unantastbar. Die Kadetten hielten sich für eine »über den Klassen« stehende Partei, wenngleich sie von den Sozialisten als »bürgerliche« Partei eingeschätzt wurden. Von Historikern wird jedoch das widersprüchliche Verhältnis zwischen den Kadetten und der russischen Bourgeoisie hervorgehoben.<sup>5</sup>

Bereits am 1./14. März wies das Zentralkomitee der Kadetten das Provisorische Komitee der Staatsduma auf die Notwendigkeit hin, eine Amnestie für politische und religiöse Vergehen zu verkünden, und am 2./15. März erklärte es »die bedingungslose Abdankung bzw. Thronenthhebung Nikolaus' II. für unumgänglich«.<sup>6</sup> Doch bei den Verhandlungen mit dem Sowjet protestierte der Anführer der Kadetten, P.N. Miljukov, gegen den Absatz über die unverzügliche Ausrufung der Republik und wies darauf hin, »dass es für ihn der einzige inakzeptable [Absatz] ist, während sich über die übrigen Einverständnis erzielen lässt«. Daraufhin stellte Suchanov ihm die Frage: »Sie hoffen doch wohl nicht [...], dass die Konstituierende Versammlung die Monarchie in Russland beibehalten wird? Ihre Bemühungen sind doch sowieso zum Scheitern verurteilt.« Worauf Miljukov antwortete: »Die Konstituierende Versammlung mag beschließen, was sie will. Wenn sie sich gegen die Monarchie ausspricht, dann kann ich gehen. Doch jetzt musste ich bleiben. Denn wäre ich jetzt nicht hier, gäbe es überhaupt keine Regierung. Und wenn es keine Regierung gibt, dann [...] Das wissen Sie selbst [...]« Gleichzeitig waren die übrigen Vertreter des Provisorischen Komitees nicht einmal gewillt, für das zu kämpfen, worauf Miljukov bestand. Der Duma-Vorsitzende M. V. Rodzjanko wies lediglich darauf hin, dass es schwer sein werde, die Konstituierende Versammlung schnellstmöglich ein-

4 Siehe Svidetel'stva N. L. Mandel'stama. S'ezdy i konferencii konstitucionno-demokratičeskoj partii [Aussagen N. L. Mandel'stams. Kongresse und Konferenzen der Konstitutionell-Demokratischen Partei], 3 Bde., verantw. Redakteur V. V. Šelochaev, Moskau 1997–2000, hier Bd. 3, Buch 1, S. 390; N. V. Nekrasov: Iz sledsvennych del N. V. Nekrasova 1921, 1931 i 1939 gg. [Aus den Untersuchungsakten N. V. Nekrasovs aus den Jahren 1921, 1931 und 1939], in: Voprosy istorii (1998), H. 11/12, S. 20.

5 Siehe F. A. Seleznev: Konstitucionnye demokraty i buržuazija (1905–1917 gg.) [Die Konstitutionellen Demokraten und die Bourgeoisie (1905–1917)], Nižnij Novgorod 2006.

6 Protokoly CK i zagraničnyh grupp konstitucionno-demokratičeskoj partii [Protokolle des ZK und der Auslandsgruppen der Konstitutionell-Demokratischen Partei], 6 Bde., verantw. Redakteur V. V. Šelochaev, Moskau 1994–1999, hier Bd. 3, S. 353.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Pavel Miljukov, Aufnahme von 1917.

Studio K. Bulla. Hauptstaatsarchiv Film, St. Petersburg

zuberufen. Die Liberalen verlangten von den Sozialisten nicht einmal eine Verpflichtung zur Unterstützung der neuen Regierung, was Suchanov verwunderte.<sup>7</sup> Am Ende der Verhandlungen über die Frage der Regierungsform wurde Stillschweigen vereinbart, was der Politik des Petrograder Sowjets entsprach, der einen befristeten Kompromiss mit dem Provisorischen Komitee aufrechterhalten wollte.<sup>8</sup>

Der Sowjet widersprach der Aufnahme der Sozialisten A. F. Kerenskij und N. K. Čcheidze in die Regierung, stattdessen wurde beschlossen, »einen Aufsichtsrat für die Aktivitäten der Provisorischen Regierung« einzurichten.<sup>9</sup> Jedoch ergriff Kerenskij bekanntlich selbst die Initiative und wurde Minister. Auf diese Weise stellte er den Sowjet vor vollendete Tatsachen. Eine Erklärung über die Zusammensetzung und die Aufgaben der neuen Regierung wurde noch am selben Tag veröffentlicht. Der Text des Dokuments wurde von Suchanov und Kerenskij unter Mitwirkung von Miljukov vorbereitet, der »nach Diktat am Textende folgsam hinzufügte: »Die Provisorische Regierung betrachtet es als ihre Pflicht hinzuzufügen, dass sie keineswegs beabsichtigt, die Kriegsumstände in irgendeiner Weise zu nutzen, um die Durchführung der oben dargelegten Reformen und Maßnahmen zu verzögern.« Miljukov schlug Suchanov vor, das Dokument mit dem Titel »Vom Provisorischen Komitee der Staatsduma« (*»Ot Vremennogo komiteta Gosudarstvennoj dumy«*) zu versehen, doch Letzterer zog es vor, »dass man ohne irgendeine Kontinuität und ohne Rodzjanko auskommen sollte«. Miljukov gab nach.<sup>10</sup> Nichtsdestotrotz wurde die Erklärung auch von Rodzjanko (in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der

7 Siehe Suchanov: Zapiski o revoljucii (Anm. 3), S. 175.

8 Ebd., S. 175; Fevral'skaja revoljucija 1917 [Februarrevolution 1917], Dokumenten- und Materialsammlung, verantw. Redakteur A. D. Stepankij/V. I. Miller, Moskau 1996, S. 90 f., 131 f.

9 Ebd., S. 91 f.

10 Suchanov: Zapiski o revoljucii (Anm. 3), S. 176.

Staatsduma) und von den neuen Ministern selbst unterzeichnet. Sie trug die Überschrift: »Von der Provisorischen Regierung« (*»Ot Vremennogo pravitel'stva«*). Somit gab die revolutionäre Regierung ihre Gründung selbst in einer Erklärung bekannt.

Nachdem aus Pskow die Nachricht von der Abdankung Nikolaus' II. eingetroffen war, befasste sich die Provisorische Regierung auf ihrer Sitzung mit der Frage nach ihren Vollmachten und damit, wie die Beziehungen zum Provisorischen Komitee der Staatsduma aussehen sollten. Es wurde festgestellt, dass das Reichsgrundgesetz von 1906 »nach dem Umsturz« seine Geltung verloren hatte und »es höchst zweifelhaft ist, ob die IV. Staatsduma ihre Tätigkeit wieder aufnehmen kann«. Es wurde entschieden, sich die gesamte Machtfülle anzueignen und »sowohl im Bereich der Gesetzgebung als auch in der Führung jene Normen festzulegen, die sie zum jetzigen Zeitpunkt als angemessen erachtet«. Obwohl man eine offene Einmischung des Petrograder Sowjets in die Angelegenheiten der revolutionären Regierung als »unzulässige Doppelherrschaft« betrachtete, wurde beschlossen, die Erlasse der Provisorischen Regierung mit den im Petrograder Sowjet vertretenen Meinungen vor den offiziellen Sitzungen abzustimmen.<sup>11</sup> Einige Stunden später wurde die Rechtsstellung der Provisorischen Regierung in der Machtverzichtsurkunde des Großfürsten Michail Aleksandrovič festgehalten. In der Eidesformel für die Mitglieder der Provisorischen Regierung, die von dieser selbst am 11./24. März bestätigt wurde, hieß es: »Gemäß der Pflicht eines Mitglieds der Provisorischen Regierung, die durch den Willen des Volkes und auf Initiative der Staatsduma zustande gekommen ist, verpflichte ich mich und schwöre bei Gott dem Allmächtigen und vor meinem Gewissen, dem Volk des russischen Staates zuverlässig und gewissenhaft zu dienen und dabei seine Freiheit und seine Rechte, seine Ehre und Würde zu heiligen und zu bewahren, in allen meinen Taten und Verfügungen die Grundsätze der bürgerlichen Freiheit und der Gleichheit der Bürger unerschütterlich zu beachten und mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln jeglichen Versuch, das alte Regime direkt oder indirekt wiederherzustellen, zu unterdrücken.«<sup>12</sup>

Während die Staatsduma von nun an in den Hintergrund trat, kam es zwischen der Regierung und dem Petrograder Sowjet im März/April zu einer engen Zusammenarbeit. Alle Beschlüsse des Sowjets, die von diesem in den ersten Tagen der Revolution ausgearbeitet worden waren (Befehl über die Verhaftung des Zaren und seiner Familie usw.), wurden von der Regierung unterstützt.<sup>13</sup> Der Sowjet entsandte seine Kommissare in die Ministerien und andere Einrichtungen. Er erhielt die Möglichkeit, an ressortübergreifenden Beratungen teilzunehmen.<sup>14</sup> Die Petrograder Garnison, die Verteilung der Staats-

11 Fevral'skaja revolucija 1917 (Anm. 8), S. 161 f.

12 Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii/Staatsarchiv der Russischen Föderation (im Folgenden: GARF) f. 1779 (Kancelarija Vremennogo pravitel'stva) [Kanzlei der Provisorischen Regierung], op. 1, d. 6. l. 40–40a.

13 Siehe Petrogradskij Sovet rabočich i soldatskich deputatov v 1917 godu. Dokumenty i materialy [Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten im Jahr 1917. Dokumente und Materialien], 2 Bde., verantw. Redakteur P. V. Volobuev, Leningrad 1991, hier Bd. 1, S. 220; Suchanov: Zapiski o revolucii (Anm. 3), S. 127–160; V. V. Šul'gin: Gody. Dni. 1920 [Jahre. Tage. 1920], Moskau 1990, S. 490–496.

14 Siehe Suchanov: Zapiski o revolucii (Anm. 3), S. 209 f.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

### 1917: Sitzung der Provisorischen Regierung im Mariinski-Palast.

Y. V. Steinberg. Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF)

finanzen und der Lebensmittel für die Hauptstadt gingen in die gemeinsame Rechts-  
hoheit von Regierung und Sowjet über.<sup>15</sup>

Die Regierung bemühte sich über die am 10./23. März gebildete Kontaktkommission um den Aufbau solider Kontakte zum Sowjet. Vonseiten der Regierung gehörten der Kommission die den Sozialisten nahestehenden Minister M. I. Tereščenko und N. V. Nekrasov an.<sup>16</sup> Die bedeutende Rolle der Kommission wurde sowohl von Vertretern der Regierung (V. D. Nabokov) als auch des Sowjets (N. N. Suchanov) anerkannt.<sup>17</sup> Es wurden Varianten einer möglichen Vertiefung der Beziehungen zum Sowjet geprüft. In einer auf den 15./28. April datierten Aktennotiz des Duma-Abgeordneten A. F. Mejendorf über die Einstellung des Ministerpräsidenten Fürst G. E. L'vov zum 1. Gesamtrussischen Sowjetkongress heißt es: »Der Gesamtrussische Kongress der Soldaten-, Arbeiter- und Bauerndeputierten, der gerade vorbereitet wird, wird entschlossen vorgehen und möglicherweise das entscheidende Hilfsmittel im Kampf gegen die anarchistischen Tendenzen sein. Seine Rolle als repräsentative Institution der russischen Demokratie wird durch keinerlei juristische Erwägungen infrage gestellt werden können. Aus meiner Sicht werden die große Teilnehmerzahl und die verschiedenartige Zusammensetzung des Kongresses wahrscheinlich dazu führen, dass unterschiedliche Strömungen hervortreten, von denen viele einflussreiche Gruppen dem Programm der Provisorischen Regierung nahestehen werden. In Anbetracht dessen erscheint es wünschenswert, ruhige und klare, wohlwollende Beziehungen zu diesem Kongress herzustellen, und eine gewisse Beteiligung der Provisorischen Regierung und der Staatsduma an ihm wird nicht schaden [...]«<sup>18</sup>

15 Siehe Fevral'skaja revoljucija 1917 (Anm. 8), S. 86, 88 f., 100–102.

16 Siehe Petrogradskij Sovet (Anm. 13), S. 43 f., 77–82; Suchanov: Zapiski o revoljucii (Anm. 3), S. 303.

17 Siehe V. D. Nabokov: Vremennoe pravitel'stvo, Archiv russoj revoljucii [Die Provisorische Regierung. Archiv der russischen Revolution], hrsg. von I. V. Gessen, Moskau 1991–1993, hier Buch 1, Bd. 1, S. 65–69; Suchanov: Zapiski o revoljucii (Anm. 3), S. 210 f.

18 GARFf. 573 (Die Mejendorfs), op. 1, d. 23. l. 1-1ob. In Wirklichkeit fanden zwei getrennte Kongresse statt: Der 1. Gesamtrussische Sowjetkongress der Bauerndeputierten (4.–28. Mai/17. Mai–10. Juni) und der 1. Gesamtrussische Sowjetkongress der Arbeiter- und Soldatendeputierten (3.–24. Juni/16. Juni–7. Juli).

In seiner Resolution vom 11./24. März bekundete der Petrograder Sowjet seine definitive Unterstützung für die Regierung und ihren auf die Bekämpfung der Konterrevolution und die Demokratisierung abzielenden Kurs – und zwar insoweit, »als sie im Einvernehmen mit dem Sowjet beharrlich die Konsolidierung der Errungenschaften der Revolution und die Ausweitung dieser Errungenschaften verfolgen wird«<sup>19</sup> – und erklärte, dass er seinerseits die »revolutionäre Kontrolle« ausüben werde; dasselbe taten auch die Gesamt-russische Sowjetkonferenz,<sup>20</sup> die Petrograder und die Moskauer Konferenz der Sozialrevolutionäre; ebenso dachten die Narodniki-Sozialisten, die Menschewiki, die Gruppe »Einheit« und – bis Ende März – auch das Petrograder Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands(B) (SDAPR(B)). Sie riefen zur Unterstützung der Regierung auf und erkannten ihre formale Alleinherrschaft sowie ihren reformatorischen und sogar revolutionären Charakter an.<sup>21</sup> Ausgangspunkte der Regierungsmacht waren nach Ansicht der menschewistischen *Rabočaja gazeta* die »revolutionäre Armee und das Volk«.<sup>22</sup>

Die Konstitutionell-Demokratische Partei bildete die grundlegende Stütze der neuen Machthaber. Sie war die einzige liberale Partei in Russland, die bis Februar 1917 Teile ihrer russlandweiten Organisation bewahrt hatte. Die Revolution führte zum Wiederaufleben der Partei. Im März/April gab es landesweit bereits mehr als 380 Kadetten-Organisationen, die Mitgliederzahl der Partei stieg auf insgesamt 70 000. Vertreter der Partei waren aktiv an der Revolution beteiligt, sie gehörten der Regierung und ihren Strukturen an. Viele Gesetze, die im März und April verabschiedet wurden, waren in dieser Phase namentlich von den Kadetten in Windeseile vorbereitet worden. Auf dem 7. Parteikongress (25.–28. März/7.–10. April) wurde die Gründung einer »demokratisch-parlamentarischen Republik« in Russland einstimmig zur wichtigsten Aufgabe erklärt. »Die Republik existiert de facto bereits«, konstatierte F. F. Kokoškin in seiner Rede.<sup>23</sup>

Ferner hob Kokoškin hervor, dass die Kadetten ursprünglich nicht nur »das liberale, das befreiende« und das »demokratische« Prinzip verfochten hätten, sondern auch »auf dem Boden des Sozialismus« stünden. »Die Verwirklichung der Grundsätze sozialer Gerechtigkeit und umfassender Reformen zur Erfüllung der gerechten Forderungen der werktätigen Klassen« sei stets – so die Worte des Redners – eine Forderung der Kadetten-Partei gewesen. »In diesem Punkt unseres Programmes haben wir uns auf den Boden der sozialistischen Weltanschauung begeben, natürlich nicht [...] in dem Sinne, dass wir eine gewaltsame Änderung der Wirtschaftsordnung durch Ergreifen einer politischen Diktatur für möglich erachten, sondern auf der Grundlage einer Weltanschauung, die davon ausgeht, dass die Menschheit allmählich in eine neue soziale Ordnung hineinwächst und dass die Aufgabe der demokratischen Parteien darin besteht, mit allen Mitteln der staat-

19 GARFf. 6977 (Vserossijskoe soveščanie delegatov sovetov rabočich i soldatskich deputatov [Gesamt-russische Konferenz der Delegierten der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten]), op. 1, d. 2. l. 66.

20 Siehe Petrogradskij Sovet (Anm. 13), S. 204 f., 271.

21 Siehe Fevral'skaja revoljucija 1917 (Anm. 8), S. 195 f., 294 f.

22 *Rabočaja gazeta* vom 7. März 1917.

23 S'ezdy i konferencii (Anm. 4), S. 372.



lichen Einwirkung dazu beizutragen, dass dieser Prozess so erfolgreich, so schnell und so schmerzlos wie möglich verläuft«, so Kokoškin.<sup>24</sup> Der bekannte Philosoph N. O. Losskij schlug sogar vor, einen ausführlichen Leitsatz über das Bekenntnis zur Idee eines »evolutionären Sozialismus« in das Parteiprogramm aufzunehmen.<sup>25</sup> Fürst D. I. Šachovskoj bestand auf der Notwendigkeit, »nach Möglichkeit einen Block mit den Linksparteien zu bilden« und »nach Absprache mit diesen den planmäßigen Einsatz der amorphen Volksmassen im Interesse der Revolution zu fördern«. Seiner Meinung nach sollten sich die Kadetten »ruhig in die Mitte dieser Massen begeben, um dort Anhänger zu gewinnen, deren Leben in Ordnung zu bringen und mitunter auch um von diesen Massen etwas zu lernen«.<sup>26</sup>

Der 8. Kongress (9.–12./22.–25. Mai) beschloss die Prinzipien »einer demokratisch-parlamentarischen Republik«, der Machtübertragung auf die lokalen Selbstverwaltungsorgane sowie der Landnutzung durch die Werktätigen und trat für die vollkommene Unabhängigkeit Polens ein.<sup>27</sup> Auf diese Weise verwandelten sich die Kadetten in eine gemäßigt sozialistische Partei. Außerdem unterstützte der Kongress die neue Koalitionsregierung.<sup>28</sup>

Am 9./22. März bildete der Minister für Handel und Industrie (und Großunternehmer), A. I. Konovalov, auf Beschluss der Regierung die Abteilung Arbeit beim Ministerium für Handel und Industrie (zu der insbesondere Vertreter des Petrograder Sowjets und des Sowjets der Handels- und Industriekongresse gehörten), die sich eilig an die Ausarbeitung einer Arbeitsgesetzgebung machte und im Anschluss auch deren Einhaltung überwachen sollte; der Minister stimmte der Einführung des Achtsturentages in den privaten Fabriken Petrograds am 10./23. März zu und beschloss, diesen auch in den staatseigenen Werken der Hauptstadt (einschließlich der Rüstungsbetriebe) einzuführen.<sup>29</sup> Im März 1917 war der Achtsturentag bereits eigenmächtig in den 28 größten Industriezentren eingeführt worden.<sup>30</sup>

Am 20. März/2. April verabschiedete die Provisorische Regierung das Gesetz über die Kooperativen und ihre Verbände. Am 12./25. April folgte ein Gesetz über Versammlungen und Verbände. Beide Gesetze ermöglichten der Bevölkerung souveränes Handeln. Der Minister für das Eisenbahnwesen, N. V. Nekrasov, gründete bei der Bahn öffentliche

24 Ebd., S. 369. Siehe auch A. A. Kizevter: *Partija Narodnoj Svobody i ee ideologija* [Die Partei der Volksfreiheit und ihre Ideologie], Moskau 1917; A. S. Izgoev: *O buržuaznosti* [Über die Bürgerlichkeit], in: *Vestnik Partii narodnoj Svobody* (1917), H. 1, S. 8 f.

25 *S'ezdy i konferencii* (Anm. 4), S. 384.

26 Ebd., S. 460.

27 Ebd., S. 661–668.

28 Ebd., S. 651.

29 Siehe N. N. Avdeev: *Revoljucija 1917 goda: Chronika sobytij* (janvar'–aprel' 1917 g.) [Die Revolution 1917: Chronik der Ereignisse (Januar–April 1917)], Moskau/Petrograd 1923, S. 87; *Revolucionnoe dvizenie v Rossii posle sverženija samodržavija. Dokumenty i materialy* [Die revolutionäre Bewegung in Russland nach dem Sturz der Autokratie. Dokumente und Materialien], Redaktion L. S. Gaponenko, Moskau 1957, S. 432–434; *Vestnik Vremennogo pravitel'stva* vom 11. März 1917.

30 Siehe Ju. S. Tokarev: *Narodnoe pravotvorčestvo nakanune Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii* (mart–oktjabr' 1917) [Rechtsschöpfung durch das Volk am Vorabend der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (März–Oktober 1917)], Moskau/Leningrad 1965, S. 87–89.



Sowjets, denen er die unmittelbare Leitung übertrug.<sup>31</sup> Das wesentliche Ziel dieser Politik kam in einer Rede Nekrasovs zum Ausdruck, die er am 27. März/9. April auf dem 7. Parteitag der Kadetten hielt: »Im Wesentlichen geht es jetzt darum, die Idee der Revolution, den Triumph der Demokratie und den Gedanken der Volkssouveränität so rasch wie möglich in allen möglichen Formen umzusetzen.«<sup>32</sup> Wie der Menschewik Ju. M. Steklov feststellte, »würde dasselbe Programm, das derzeit von der Provisorischen Regierung unter dem Beifall der gesamten russischen Bourgeoisie umgesetzt wird, bei den führenden Klassen auf heftigsten Widerstand stoßen, wenn wir es im Namen des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten umsetzen würden.«<sup>33</sup>

Die »gemäßigte« Gruppe innerhalb der Regierung, zu der Kriegsminister A. I. Gučkov, Außenminister P. N. Miljukov, Landwirtschaftsminister A. I. Šingarev sowie der Minister für finnische Angelegenheiten, F. I. Rodičev, gehörten, war klar in der Minderheit. Ihre Abgrenzung von den »Linken« bezog sich nicht auf die Grundsätze der Staatsführung; hier verbanden sie gemeinsame Vorstellungen und der Wunsch, die »alte Ordnung« für immer abzuschaffen. Die reformatorische Arbeit sowohl der »Gemäßigten« als auch der »Linken« fand unter dem Dach einer »umfassenden Demokratisierung« statt. Aufgrund des Verdachts, sie seien Anhänger der »alten Ordnung«, setzte Gučkov 60 Prozent der Generäle und Admiräle ab, darunter acht Oberbefehlshaber der Fronten und Armeen, 35 von 68 Kommandierenden Generälen der Korps und 75 von 240 Divisionschefs.<sup>34</sup> Šingarev führte ein staatliches Getreidemonopol und Brotkarten ein und ließ unbearbeitetes Land konfiszieren. Am 21. April/4. Mai beschloss die Regierung auf Vorschlag des Landwirtschaftsministers den Erlass über die Bildung örtlicher gewählter Bodenkomitees, denen der gesamte zur landwirtschaftlichen Nutzung vorgesehene Boden übergeben wurde; bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung wurden Landverkäufe verboten.<sup>35</sup> Nachdem er im Mai Finanzminister geworden war, initiierte Šingarev am 12./25. Juni eine Erhöhung der Einkommenssteuer und die Einführung einer Surplusprofitsteuer.<sup>36</sup> Diese wurde von der Bourgeoisie heftig kritisiert. Der 1. Gesamtrussische Kongress der Vertreter von Industrie und Handel (19.–22. März/1.–4. April) kritisierte die Agrarpolitik der Provisorischen Regierung und insbesondere

31 Siehe U. G. Rozenberg: Gosudarstvennaja administracija i problema upravljenija v Fevral'skoj revoljucii [Die staatliche Verwaltung und das Problem der Führung in der Februarrevolution], in: 1917 god v sud'bach Rossii i mira. Fevral'skaja revoljucija. Ot novych istočnikov k novomu osmysleniju [Das Jahr 1917 im Schicksal Russlands und der Welt. Die Februar-Revolution. Von neuen Quellen zu einer neuen Wahrnehmung], Redaktion P. V. Volobuev, Moskau 1997, S. 119–130.

32 S'ezdy i konferencii (Anm. 4), S. 473.

33 P. N. Miljukov: Istorija vtoroj russkoj revoljucii [Geschichte der zweiten russischen Revolution], Moskau 2001, S. 67 f.

34 Siehe A. G. Kavtaradze: Ijul'skoe nastuplenie russkoj armii v 1917 godu [Die Juli-Offensive der russischen Armee im Jahr 1917], in: Voenno-istoričeskij žurnal (1967), H. 5, S. 113.

35 Siehe V. I. Kostrikin: Zemel'nye komitety v 1917 godu [Die Bodenkomitees im Jahr 1917], Moskau 1975.

36 Siehe Žurnaly zasedanij Vremennogo pravitel'stva [Sitzungsprotokolle der Provisorischen Regierung] (= Archiv novejšej istorii Rossii. Serija »Publikacii« [Zeitgeschichtliches Archiv Russlands. Reihe »Veröffentlichungen«], Bd. 8 in 4 Bden.), hier Bd. 2: Maj–jun' 1917 g. [Mai–Juni 1917], S. 239–245.

den Entwurf für die Einführung des Getreidemonopols heftig und forderte von der Regierung, der Übermacht der Sowjets im Zentrum und auf lokaler Ebene Einhalt zu gebieten und die eigenmächtige Einführung des Achtstundentages in den Fabriken in Kriegszeiten auszusetzen.<sup>37</sup> Einer der einflussreichsten Vertreter des Handels- und Industriesektors, S. I. Četverikov, warnte die Regierung ohne Umschweife, dass diese Maßnahme umgehend zu einem Produktionsrückgang um 20 Prozent führen würde.<sup>38</sup> Dennoch blieben Korrekturen an der Regierungspolitik aus.

Völlig entzweit waren »Gemäßigte« und »Linke« in Fragen des künftigen Verhältnisses zum Sowjet und der Endziele des Krieges. Der Plan Gučkovs bestand darin zu versuchen, »die Ordnung im Lande wiederherzustellen« (notfalls auch mit Gewalt) und das Land zur Konstituierenden Versammlung zu führen.<sup>39</sup> Wie Gučkov jedoch selbst einräumte, stieß seine Position bei der Mehrheit der Regierungsmitglieder auf Ablehnung und wurde daher nicht verwirklicht: Der Kriegsminister konnte sich nicht zum Einsatz von Truppen durchringen.<sup>40</sup> Ein Beamter der Abteilung Rechtsberatung im Außenministerium, G. N. Michajlovskij, erinnerte sich folgendermaßen an seine Gespräche mit Miljukov im März und April: »Er sagte [...], dass die Lage sehr ernst sei, weil die Linken »großen Druck« ausübten, und dass die einzige objektiv mögliche Taktik darin bestehe, »links zu reden«, um sich an der Macht zu halten und später bei günstiger Gelegenheit »die Bewegung zu übernehmen« [...] Die Revolution müsse zusammengepresst werden, solange man sie nicht stoppen könne.« Doch Michajlovskij räumte ein: »Ich und auch meine älteren Kollegen hatten nicht den Eindruck, dass es Miljukov mit seiner ausgeklügelten Taktik gelingen könne, sich den Ereignissen zu widersetzen.«<sup>41</sup> Eine Mitstreiterin Miljukovs im Zentralkomitee der Kadetten, A. V. Tyrkova, zweifelte ebenfalls an seinen Führungsqualitäten. Im März entschloss sie sich, Miljukov die Notwendigkeit, die »alten« administrativen Zwangsmethoden einzusetzen, in Erinnerung zu rufen. Darauf antwortete dieser: »Lieber verliere ich die Macht, als dass ich derartige Methoden anwende.«<sup>42</sup> Diese Haltung war nicht auf konkrete Umstände (zum Beispiel die Schwäche der Regierungsmacht) zurückzuführen, sondern auf Miljukovs eigene Weltanschauung. Über die »gemäßigten« liberalen Minister schrieb Tyrkova: »Sie hatten keinerlei Gespür für die wirkliche Lage und den wirklichen Kampf.

37 Siehe Pervyj Vserossijskij torgovo-promyšlennyj s'ezd v Moskve. 19–22 marta 1917 g. Stenografičeskij otčet i rezoljucii [Der 1. Gesamtrossische Handels- und Industriekongress in Moskau. 19.–22. März 1917. Stenografische Mitschrift und Resolutionen], Moskau 1918, S. 167 f., 230 f.

38 Siehe Utro Rossii vom 19. März 1917.

39 A. I. Verchovskij: Na trudnom perevale [Ein schwieriger Pass], Moskau 1959, S. 228.

40 Aleksandr Ivanovič Gučkov rasskazyvaet ... Vospominanija predsedatelja Gosudarstvennoj dумы i voennogo ministra Vremennogo pravitel'stva [Aleksandr Ivanovič Gučkov erzählt ... Erinnerungen des Vorsitzenden der Staatsduma und Kriegsministers der Provisorischen Regierung], Moskau 1993, S. 75–79.

41 G. N. Michajlovskij: Zapiski. Iz istorii rossijskogo vnešnepolitičeskogo vedomstva 1914–1920 [Aufzeichnungen. Aus der Zeit des russischen Außenministeriums 1914–1920], Moskau 1993, S. 261, 264.

42 A. A. Borman: A. Tyrkova-Vil'jams po ee piš'mam i vospominanijam syna [I. Tyrkova-Williams in ihren Briefen und Erinnerungen ihres Sohnes], Washington 1964, S. 127 f.

Sie waren den liberalen Ideen und Formeln grenzenlos und unerschütterlich ergeben, die zu erstarrten Beschwörungsformeln wurden.«<sup>43</sup>

Gerade die Position von Gučkov und Miljukov war es, die die Sozialisten mit der »bürgerlichen« Position innerhalb der Regierung gleichsetzten. Sie wurde jedoch rasch mehr und mehr zu einer Chimäre. »Von allen Ministern zeigten Nekrasov und Tereščenko das stärkste Bestreben, sich uns anzunähern, und ihre Anstrengungen stießen bei den meisten ihrer Kollegen auf Sympathie«, erinnerte sich I. G. Cereteli, der Ende März an der Spitze des Sowjets stand. Justizminister Kerenskij, Vorsitzender der Trudowiki, stellte fest: »Der führende Kern der Provisorischen Regierung [darunter verstand Kerenskij sich selbst, Nekrasov und Finanzminister M. I. Tereščenko – F. G.] war fest entschlossen, bei der ersten günstigen Gelegenheit Vertreter der Sowjets und der sozialistischen Parteien in die Regierung aufzunehmen.«<sup>44</sup> Ende April waren Miljukov und Gučkov isoliert, was Ministerpräsident Fürst G. E. L'vov Cereteli mitteilte.<sup>45</sup> Kerenskij hatte bereits Mitte März begonnen, im Kriegsministerium gegen Gučkov zu intrigieren: Er traf sich heimlich, ohne Wissen des Kriegsministers, mit Vertretern der für die Streitkräfte-reform zuständigen Kommission von General A. A. Polivanov. Der Assistent des Kriegsministers, P. A. Pal'činskij, sah bereits zu dieser Zeit voraus, dass »Kerenskij Gučkov verschlingen wird«, was eineinhalb Monate später auch passierte.<sup>46</sup> Gučkov selbst, der ständig damit beschäftigt war, von einer Front zur nächsten zu fahren, wurde sehr bald von Pessimismus durchdrungen und von »einer völligen Hoffnungslosigkeit« erfasst, er erkannte, dass er gehen musste, und trat Mitte April von seinem Posten zurück.<sup>47</sup> Im Unterschied zu ihm verabschiedete sich Miljukov nicht auf eigenen Wunsch in den Ruhestand, sondern infolge eines gemeinsamen Beschlusses der zur Kadetten-Partei gehörenden Minister. »Ich kann reinen Gewissens sagen, dass nicht ich gegangen bin, sondern dass ich ›gegangen wurde«, sagte er auf der Staatskonferenz im August 1917.<sup>48</sup>

Nach seinem Rücktritt verzichtete die Provisorische Regierung auf jegliche Gebietsansprüche als Ergebnis des Krieges und unterstützte die Idee eines »demokratischen Friedens«. Die am 6./19. Mai veröffentlichte Erklärung der Koalitionsregierung begann mit den Worten: »In der Außenpolitik lehnt die Provisorische Regierung im Einvernehmen mit dem gesamten Volk jeglichen Gedanken an einen Separatfrieden ab, sie setzt sich offen das Ziel, so schnell wie möglich einen allgemeinen Frieden zu erzielen, mit dem weder der Auftrag verfolgt wird, die Herrschaft über andere Völker zu erlangen noch ihnen ihr nationales Erbe zu nehmen oder gewaltsam fremde Territorien einzunehmen,

43 A. V. Tyrkova: Iz vospominanija o 1917 g. [Erinnerungen an das Jahr 1917], in: Grani (1983), H. 130, S. 132f.

44 A. F. Kerenskij: Opyt Kerenskogo [Die Erfahrungen Kerenskij's], GARFf. 5581 (Sammlung von Einzeldokumenten und Memoiren von Emigranten), op. 1, d. 725. l. 21.

45 Siehe I. G. Cereteli: Vospominanija o Fevral'skoj revoljucii [Erinnerungen an die Februarrevolution], 2 Bde., Paris 1964, hier Bd. 1, S. 60–65, 108.

46 Siehe P. A. Polovcev: Dni zatmenija [Tage der Finsternis], Moskau 1999, S. 51–53.

47 Nabokov: Vremennoe pravitel'stvo, Archiv ruskoj revoljucii (Anm. 17), S. 40, 42.

48 Buržuazija i pomeščiki v 1917 godu. Častnye soveščanija členov Gosudarstvennoj dумы [Bourgeoisie und Gutsherren im Jahr 1917. Private Besprechungen zwischen Mitgliedern der Staatsduma], Dokumentensammelband, Redaktion A. K. Drezen, Moskau/Leningrad 1932, S. 8.

sondern einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, der die Grundsätze der Selbstbestimmung der Völker respektiert.«<sup>49</sup>

Der amerikanische Historiker T.H. von Laue schrieb zur Führungskrise unter der »alten Ordnung«: »Nach März 1917 stellte sich die Frage, ob die neue Regierung in der Lage sein würde, die vereinbarte Regulierung effizienter und besser zu nutzen.«<sup>50</sup> Wenn die Zusammensetzung der Regierung analysiert wurde, stellten linke wie rechte Kritiker indessen sehr oft fest, dass die neuen Minister in derartigen Angelegenheiten »absolute Neulinge« waren.<sup>51</sup> Wie M.M. Novikov, ein Mitglied der Kadetten-Partei, einräumte, »bestätigte sich [...], dass es in der russischen Gesellschaft nicht genug fähige und geschulte Verwaltungsfachleute gab.«<sup>52</sup> In dieser Situation war die neue Regierung bestrebt, ohne Anwendung von Gewalt auszukommen. Sie nahm Kurs auf den Aufbau eines »klassen- und parteiübergreifenden« Staatswesens, das auf dem Gedanken der Volkssouveränität basierte, ohne dabei eine genaue Vorstellung von der Bedeutung dieses Begriffs zu haben. Der neuen Ordnung zugrunde liegen sollten die »Einigung« des Volkes und sein »Vertrauen« in die Macht. Die an die Macht gekommenen Minister hofften, dass das neue auf dem Prinzip einer gesellschaftlichen Organisation aufgebaute Führungssystem keinen Machtapparat brauchen und sehr viel effizienter als das autokratisch-bürokratische Regime sein werde. Den Worten des Fürsten G.N. Trubeckoj zufolge geriet Ministerpräsident Fürst G. E. L'vov »in diesen Tagen in einen völlig ekstatischen Zustand. Den Blick starr an die Decke gerichtet, flüsterte er inbrünstig: ›Mein Gott, wie gut sich alles fügt! [...] Groß und unblutig.«<sup>53</sup> In einem Brief an M.K. Morozovaja schrieb Fürst E.N. Trubeckoj: »Der Eindruck, den Petrograd in diesen Tagen macht, ist unbeschreiblich [...] Es ist ein immer stärker werdender gewaltiger nationaler Aufschwung, der alle erfasst.« Der Fürst neigte dazu, den Ereignissen eine kosmische Dimension zu verleihen, indem er eine gesamteuropäische demokratische Revolution prophezeite: »Die Nachrichten aus Bulgarien hinterlassen einen tiefen Eindruck. Dorthin hat die Revolution aus Russland bereits übergreifen, und die Deutschen werden die bulgarischen Soldaten ›niederwerfen‹. Ich hoffe sehr [durchgestrichen: »ich bin überzeugt« – F. G.], dass die Revolution schon bald auch auf die Türkei und auf Österreich übergreifen wird. Und dann werden nur noch die Deutschen als Unterdrücker gegen alle Völker übrigbleiben. So Gott hilft! Dann wird der ›Sinn des Krieges‹ aus einer Richtung verwirklicht werden, von der es niemand erwartet hätte.«<sup>54</sup>

49 Vestnik Vremennogo pravitel'stva vom 6. Mai 1917.

50 T. H. von Laue: *Westernization, Revolution and the Search for a Basis of Authority – Russia in 1917*, in: *Soviet Studies* 19 (1967), H. 2, S. 155–180, hier S. 164.

51 A. A. Bublikov: *Russkaja revolucija* [Die russische Revolution], New York 1918, S. 29.

52 M. M. Novikov: *Moja žizn ot Moskvu do N'ju Jorka* [Mein Leben – von Moskau bis nach New York], New York 1952, S. 256.

53 V. B. Lopuchin: *Zapiski byvszego direktora departamenta Ministerstva inostrannyh del* [Aufzeichnungen eines ehemaligen Abteilungsleiters im Außenministerium], Sankt Petersburg 2008, S. 295.

54 Fürst E. N. Trubeckoj an M. K. Morozovaja, 28. März 1917, *Naučno-issledovatel'skij otdel rukopisej Rossijskoj Gosudarstvennoj biblioteki*/Handschriften-Forschungsabteilung der Russischen Staatsbibliothek (im Folgenden: NIOR RGB) f. 171 (Morozova, M. K.), op. 1. Papka [Mappe] 9. Ed. chr. [Aufbewahrungseinheit], 2. l. 8-9.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Fürst G. E. L'vov, Aufnahme von 1914.

Studio K. Bulla. Hauptstaatsarchiv Film, St. Petersburg

Am 6./19. März verkündete die Provisorische Regierung eine Amnestie für politische und religiöse Häftlinge, die Haftzeiten für Strafverfahren wurden verkürzt. Am 12./25. März wurde die Todesstrafe aufgehoben, am folgenden Tag die Standgerichte abgeschafft, am 20. März/2. April folgte die Abschaffung nationaler und konfessioneller Einschränkungen. Am 10./23. März wurde das faktisch bereits liquidierte Polizeiamt offiziell aufgelöst, und am 16./29. März wurde die Liquidationskommission für die Angelegenheiten des Königreiches Polen gebildet. »Mögen die alten Kränkungen im allgemeinen Aufbruch vergessen werden, und mögen sie nie wieder neu entstehen. Möge die Heimat aus den schweren Prüfungen glücklich, frei und durch die Bande der Liebe und der allgemeinen Brüderschaft geeint hervorgehen«, lautete der Aufruf der Kadetten-Partei.<sup>55</sup>

Die Revolution versetzte dem Verwaltungssystem einen vernichtenden Schlag. Innerhalb der ersten Märzwoche stellten die Gouverneure, die Polizei, die Gendarmerie sowie die Leiter der Landbezirke (*zemskie načalniki*) ihre Tätigkeit ein. Alle oben genannten Institutionen und Ämter wurden von der Provisorischen Regierung in der Regel rückwirkend abgeschafft. Fürst L'vov erklärte offiziell: »Die Regierung hat die alten Gouverneure abgesetzt, ohne jemanden neu zu benennen. Vor Ort wird gewählt werden. Solche Fragen dürfen nicht zentral entschieden werden, sondern von der Bevölkerung selbst.«<sup>56</sup> Die Regierung behielt sich lediglich das Recht vor, die Gouvernementskommissare und ihre Gehilfen zu bestätigen. Die Polizei wurde durch die Miliz ersetzt. Der kommunalen Selbstverwaltung kam die Aufgabe zu, den Apparat

55 Fevral'skaja revoljucija 1917 (Anm. 8), S. 197.

56 T.I. Polner: Žiznennyj put' kn. G.E. L'vova [Der Lebensweg des Fürsten G.E. L'vov], Paris 1932, S. 245f.

neu aufzubauen.<sup>57</sup> Wie Berichte aus den Gemeinden zeigten, funktionierten im März/April allerdings weder die alten noch die neuen Organe der Staatsgewalt. Zudem fehlte jegliches Rechtssystem. Auf lokaler Ebene war in diesen Monaten oft noch nicht einmal mit dem Aufbau einer neuen Machtstruktur begonnen worden.<sup>58</sup> Die lokale Selbstverwaltung (*Semstwo*) (die in ihrer Zusammensetzung allzu gemäßigt war) befand sich in der Krise, und die neuen gesellschaftlichen Organisationen sowie die Sowjets waren nicht so stark und organisiert, dass sie die hoheitsrechtlichen Befugnisse hätten wahrnehmen können.<sup>59</sup>

Nach Ansicht der führenden Kadetten-Zeitung *Reč* sollten die Bürger des freien Russland »nur in dem Maße, wie dies für die tatsächlichen Interessen des rechtlichen Zusammenlebens erforderlich ist«, auf die Machtorgane zurückgreifen; hierbei dachte man in Anbetracht eines nicht vorhandenen anerkannten Rechtssystems an das »ungeschriebene Gesetz, das in unserem Bewusstsein lebt und der gesamten kultivierten Menschheit eigen ist«. <sup>60</sup> Die Zeitung stellte fest, dass die Kraft der neuen Macht vielleicht »vor allem moralischer Natur« sei, und zog daraus die Schlussfolgerung: »Sie wirkt nur in dem Maße, wie sie sich nicht auf Truppen, Miliz und Gericht stützt, sondern auf die organisierte öffentliche Meinung des Landes, auf den organisierten Willen des Volkes. Jeder Einwohner ist ein Teil dieses Volkes. Und seine erste Pflicht besteht heute darin, sich an der Bildung einer öffentlichen Meinung und des Volkswillens zu beteiligen und so beim Aufbau der Staatsgewalt mitzuhelfen.«<sup>61</sup>

Eine zentrale Stellung im Verhältnis zwischen der Regierung und der Provinz sollte die Institution der Gouvernements- und Ujesdkommissare einnehmen. Sie waren die einzigen Vertreter des Staates auf lokaler Ebene. Die wesentlichen Prinzipien wurden in den Rundschreiben des Ministeriums an die Gouvernementskommissare vom 1./14. April (über die Funktionen der Kommissare) und vom 15./28. April (über das System der Staatsgewalt auf örtlicher Ebene) formuliert. Der Gouvernementskommissar erhielt lediglich das Recht, die Selbstverwaltungsorgane zu beaufsichtigen. Er sollte über die »Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit« der Arbeit der Selbstverwaltungsorgane vor Ort wachen, die Regierung informieren und sich an das örtliche Gericht wenden. Ein Kommissar konnte einen Beschluss einer städtischen Duma aufheben und ihn zur erneuten Prüfung zurückschicken, allerdings konnte sein Veto mit einfacher Mehrheit aufgehoben werden. Außerdem hatte er theoretisch das Recht, Truppen anzufordern. Die Kandidatur eines Ujesdkommissars wurde dem Gouvernementskommissar durch das Exekutivkomitee der gesellschaftlichen Organisationen auf der Ujesdebene vorgeschlagen und

57 Siehe *Vremennoe pravitel'stvo. Ministerstvo vnutrennich del. Cirkuljary Ministerstva vnutrennich del* [Die Provisorische Regierung. Das Innenministerium. Rundschreiben des Innenministeriums], Petrograd 1917, S. 5 f., 9, 32, 54.

58 Siehe GARF f. 1788 (Ministerstvo vnutrennich del Vremennogo pravitel'stva) [Innenministerium der Provisorischen Regierung], op. 2. d. 43. l. 3, 12, 21, 30.

59 Siehe D. J. Raleigh: *Političeskie sud'by rossijskoj gubernii: 1917 g. v Saratove* [Politische Schicksale eines russischen Gouvernements: Das Jahr 1917 in Saratov], Saratov 1995, S. 106–108, 112 f.; G. A. Gerasimenko: *Obščestvennye ispolnitel'nye komitety v revoljucii 1917 goda* [Die gesellschaftlichen Exekutivausschüsse in der Revolution 1917], in: *1917 god v sud'bach Rossii i mira* (Anm. 31), S. 155 f.

60 *Reč* vom 9. März 1917.

61 *Reč* vom 13. April 1917.



durch die Regierung bestätigt.<sup>62</sup> Der vorbereitete Entwurf wurde auf der Tagung der Gouvernementskommissare (22.–24. April/5.–7. Mai) zur Beratung vorgelegt, wobei der Umfang der Vollmachten auf ihre Forderung hin gekürzt wurde.<sup>63</sup> Hierbei stellten die Teilnehmer fest, dass »die Macht eines Kommissars nicht der Rede wert ist«, wenn er von den Sowjets vor Ort nicht aktiv unterstützt werde.<sup>64</sup>

Der Beschluss über die Kommissare (unter Berücksichtigung der Korrekturen durch die Tagung) wurde am 26. April/9. Mai öffentlich. Ein normaler Arbeitsbetrieb stellte sich damit jedoch noch lange nicht ein, was auch auf der nächsten Tagung im August zur Sprache kommen sollte.<sup>65</sup> Am 17./30. April wurde der Beschluss über die Miliz veröffentlicht und am 4./17. Mai der Beschluss über die vorläufige Einrichtung des örtlichen Gerichts. Am 21. Mai/3. Juni veröffentlichte die Regierung die Gesetze über das Verfahren für die Semstwo-Wahlen und über die Einführung der Semstwo auf Volost'-Ebene. In einem Rundschreiben vom 24. April/7. Mai hatte das Innenministerium vorgeschrieben, sich einer eigenmächtigen »Demokratisierung« der Semstwo-Versammlungen vor Verkündung eines entsprechenden Gesetzes zu enthalten, jedoch die Möglichkeit eingeräumt, diese mithilfe des »demokratischen Elementes« auf das Doppelte zu erweitern.<sup>66</sup>

Die Provisorische Regierung schaffte es nicht, das Verwaltungssystem und die Selbstverwaltung auf der lokalen Ebene in Gang zu bringen. Die Kommissare handelten oft, ohne von der Regierung ernannt worden zu sein. Die Finanzmittel wurden ohne die nötige Kontrolle verteilt und mitunter für den Unterhalt der Parteien und der Sowjets ausgegeben. Unterschiedliche Organe der Macht (die Sowjets, die Komitees der gesellschaftlichen Organisationen) übernahmen häufig hoheitliche Befugnisse und Funktionen.<sup>67</sup> Tragende Kraft in den Städten wurden die Militärgarnisonen,<sup>68</sup> die auch dafür sorgten, dass die Macht im Herbst 1917 rasch an die Sowjets überging.

62 Siehe *Vremennoe pravitel'stvo* (Anm. 57), S. 7f.; *Revoljucionnoe dviženie v Rossii v aprele 1917 goda. Aprel'skij krizis. Dokumenty i materialy* [Die revolutionäre Bewegung in Russland im April 1917. Die April-Krise. Dokumente und Materialien], Redaktion L. S. Gaponenko, Moskau 1958, S. 311f.; GARFf. 1788, op. 2, d. 6. l. 12-15; op. 3, d. 33. l. 14-21; op. 6, d. 5. l. 50-57. Ujesd bezeichnet eine untergeordnete Verwaltungseinheit im Gouvernement.

63 Siehe GARFf. 1788, op. 2, d. 6. l. 10-29.

64 Ebd., l. 25.

65 Ebd., op. 1, d. 2. l. 1-3.

66 *Vremennoe pravitel'stvo* (Anm. 57), S. 11f. Volost' bezeichnet eine untergeordnete Verwaltungseinheit im Gouvernement.

67 Ebd., S. 6f., 23f., 33, 35, 54, 60–63, 65; A. V. Evropkin: *Zapiski A. V. Evropkina, členu Gosudarstvennoj dумы* [Die Aufzeichnungen des Mitglieds der Staatsduma A. V. Evropkin], GARFf. 5881, op. 2, d. 335. l. 128-135; Polner: *Žiznennyj put' kn. G. E. Lvova* (Anm. 56), S. 245f.; GARFf. 1800 (Departament obščich del Ministerstva vnutrennich del Vremennogo pravitel'stva) [Amt für allgemeine Angelegenheiten des Innenministeriums der Provisorischen Regierung], op. 1, d. 2. l. 19-20; Raleigh: *Političeskie sud'by rossijskoj gubernii* (Anm. 59), S. 90.

68 Siehe V. A. Vachromeev: *Prodovol'stvennye komitety v 1917 godu* [Die Lebensmittelkomitees im Jahr 1917], Moskau 1984, S. 16; G. A. Gerasimenko: *Vlast' i narod* [Die Macht und das Volk], Moskau 1995, S. 76–80, 96–102; A. P. Zvjaginceva: *Organizacija i dejatel'nost' milicii Vremennogo pravitel'stva v 1917 godu* [Organisation und Arbeit der Miliz der Provisorischen Regierung im Jahr 1917], Diss., Moskau 1972, S. 22–27; Kostrikin: *Zemel'nye komitety v 1917 godu* (Anm. 35), S. 105; Raleigh: *Političeskie sud'by rossijskoj gubernii* (Anm. 59), S. 86, 90.



Die politischen Grundsätze der neuen revolutionären Regierung gingen ursprünglich von einem demokratischen und sozialen Charakter der Politik aus. Zur Niederlage der Liberalen im Jahr 1917 kam es nicht, weil sie diese Grundsätze ablehnten, im Gegenteil. Während der ersten Revolutionsmonate wurden sie durch republikanische, föderalistische und sozialistische Leitsätze weiterentwickelt und ergänzt. Doch die Liberalen erwiesen sich als unfähig, »die Gesellschaft zu organisieren« und im Kampf um die Macht außerparlamentarische Mittel zu nutzen. Es wurde kein Mechanismus für die Durchführung der erforderlichen Politik durchdacht und entwickelt. Hauptsächlich setzte man auf die Selbstorganisation der Massen, was von diesen ein hohes Maß an politischer Kultur erforderte. Bedeutende Ursachen hierfür waren das radikale, oppositionelle Ethos der neuen Anführer sowie das nahezu völlige Fehlen von Erfahrungen in organisatorischen Fragen. Zugleich war die Lage in Russland kritisch. Neben dem Krieg gab es noch andere Probleme: geringer Wohlstand und ein niedriges Bildungsniveau, die ungewohnte Selbstverwaltung, die beschleunigte Wirtschaftstransformation und ein stark ausgeprägter multiethnischer Charakter. Früher hatte man diese Erscheinungen mit der autoritären Macht in Verbindung gebracht, doch nach deren Verschwinden verstärkten sich die Widersprüche noch, das Konfliktpotenzial wuchs. Mit dem Fortschreiten der Revolution nahm in der russischen Gesellschaft die Ablehnung der Prinzipien des von den Kadetten vertretenen »sozialen Liberalismus« immer mehr zu: Einerseits kam es zu einer Abkehr von der »Sache des ganzen Volkes« zugunsten von Klasseninteressen, andererseits zur Ablehnung des liberalen Prinzips des Kompromisses zugunsten radikaler Positionen. Somit war eine liberale Alternative bereits vor Beginn der Oktoberrevolution für die politische Entwicklung Russlands nicht mehr realistisch. Doch neben der sozialen Radikalität rückten erneut Paternalismus und Autoritarismus in den Vordergrund.

*Aus dem Russischen übersetzt durch das Bundessprachenamt*